Wenig Traktanden, viel Diskussionspotenzial im Juni-Landtag

Die heute beginnende Juni-Session steht vor allem im Zeichen des Rechenschaftsberichts – und kann als Effizienzprüfung gesehen werden.

Mehr Effizienz. Das wünschte sich Landtagspräsident Manfred Kaufmann zu Beginn des Mai-Landtags vom neu zusammengesetzten Parlament. Doch viel zu sehen war davon nicht. Das Mahnmal der Ineffizienz stellte die stundenlange Debatte über den Liemobil-Geschäftsbericht dar. Anstelle einer kurzen Kenntnisnahme starteten die Abgeordneten eine Plauderstunde über persönliche Busfahrerlebnisse. Nach mehr als zwei Stunden bedurfte es sogar eines Antrags auf Ende der Debatte durch Landtagsvizepräsidentin Franziska Hoop (FBP), um dem ziellosen Geplänkel Einhalt zu gebieten. So ein Antrag wird nicht häufig gestellt, noch seltener findet er eine Mehrheit. Dass beides bereits in der ersten Landtagssitzung der neuen Legislaturperiode eingetreten ist, kann als ein Zeichen grundsätzlicher Bereitschaft zu mehr Effizienz im Parlamentsbetrieb gewertet werden.

Einziger kontroverser Beschluss: der OKP-Beitrag

Die Gelegenheit, ihre hehren Ziele zu erreichen, bietet sich

den Landtagsabgeordneten ab heute wieder. Für die oftmals vollgepackte Juni-Landtagssitzung steht heuer eine überaus dünne Traktandenliste an: Lediglich 27 Traktanden gilt es abzuarbeiten. Und bei einem Grossteil der Geschäfte sind keine Kontroversen zu erwarten.

Rechenschaftsbericht: alle vorstellbaren und unvorstellbaren Fragen

Traktandum 11

Voraussichtlich am Donnerstag hält der Landtag so etwas wie die Generalversammlung des Landes ab. Mit der Kenntnisnahme des Rechenschaftsberichts und der Landesrechnung 2024 haben die Abgeordneten die Möglichkeit allerlei Fragen zu stellen. Dass dabei bedeutende Sachverhalte zutage gefördert werden, ist nicht ausgeschlossen, aber eher selten.

Prognose

Es kommt zu einer **ausufernden Fragerunde**, weil es der erste Rechenschaftsbericht für den neuen Landtag ist. Am Ende wird der Regierung einhellig Entlastung erteilt.

ten. Einzig bei der Festlegung des Staatsbeitrags an die obligatorische Krankenversicherung (OKP) könnte es zu Reibereien kommen. Schliesslich geht es um die Frage, wie stark der Staat im kommenden Jahr Einfluss auf die Krankenkassenprämien nehmen soll – ein emo-

OKP-Staatsbeitrag: Wie stark senkt das Land die Krankenkassenprämie?

Traktandum 19

Der Staatsbeitrag an die Krankenkassen senkt die Prämien nach dem Giesskannenprinzip. Pro Million Staatsbeitrag fällt die monatliche Prämie pro versicherte Person um circa 2,40 Franken tiefer aus. Aktuell liegt der Staatsbeitrag bei 38 Mio. Franken. Die Regierung schlägt vor, ihn für 2026 auf diesem Niveau zu belassen. Die Freie Liste fordert 44 Mio. Franken.

Prognose

Wie jedes Jahr wird der Antrag der Freien Liste abgelehnt. Andere Abgeordnete fordern allenfalls eine moderate Erhöhung. **Eine Mehrheit findet nur der Regierungsantrag.**

tionales Thema in der Bevölkerung, folglich auch Gelegenheit zur Profilierung.

Rechenschaftsbericht und viele Geschäftsberichte

Ansonsten können die Abgeordneten den Juni-Landtag als reine Effizienzprüfung sehen.

Gesundheitsvorschriften: Können die DpL die Regierung umstimmen?

Traktandum 23

Die Regierung sieht keinen Grund, Widerspruch gegen die **Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV)** einzulegen. Dies bringt sie dem Landtag in einem Bericht zur Kenntnis. Entscheiden kann das Parlament nicht, wobei eine Mehrheit ohnehin keinen Widerspruch will. Und überhaupt gibt es wegen des Zollvertrages mit der Schweiz keinen Weg vorbei an den IGV.

Prognose

Die DpL geben nochmals alles, argumentieren nun mehr mit dem vermeintlichen «Volkswillen», weniger mit Horrorszenarien. **Die Regierung bleibt auf ihrer Linie.**

Mit hoher Disziplin wäre es möglich, die Traktandenliste bis Donnerstagabend abzuarbeiten. Doch es gibt mehrere Hürden in Form von Geschäftsberichten.

Wie immer vor der Sommerpause steht der Rechenschaftsbericht 2024 – quasi der

AHV-Geschäftsbericht: Welche Massnahmen will der neue Landtag?

Traktandum 18

Trotz eines sehr positiven Ergebnisses 2024 ist die langfristige finanzielle Sicherung der AHV eine Herausforderung. Die Regierung ist gesetzlich verpflichtet, dem Landtag bis Dezember 2025 konkrete Massnahmen vorzuschlagen, um zu gewährleisten, dass das AHV-Vermögen in 20 Jahren noch mindestens fünf Jahresausgaben als Reserve aufweist.

Prognose

Das Jahr 2024 wird nicht diskutiert, sondern die langfristige Sicherung der AHV: **Ein Vorgeschmack**, wie sich der neue Landtag in dieser Frage positioniert.

Geschäftsbericht des Landes – zur Debatte. Dabei haben die Abgeordneten die Gelegenheit, alle vorstellbaren und unvorstellbaren Fragen zu jeglichen Themen der Landesverwaltung zu stellen, bevor die Geschäftsprüfungskommission ihr Fazit abgibt und der Verwaltung letztlich Entlastung für das vergangene Jahr ausgesprochen wird. In der Vergangenheit wurde für den Rechenschaftsbericht gut und gerne schon einmal ein ganzer Sitzungstag fällig. Es ist aber bereits auch eine Erledigung in weniger als drei Stunden gelungen.

Direkt darauf stehen die Geschäftsberichte der Finanzmarktaufsicht, der Landesbank, der Telecom, der Post, der AHV-IV-FAK und der Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle zur Debatte. Auch diese kann der Landtag alle nur zur Kenntnis nehmen, es gibt nichts zu entscheiden. Die Versuchung anekdotischer Voten nach Vorbild der Plauderstunde im Mai-Landtag ist bei nahezu allen Institutionen aber nicht zu unterschätzen.

David Sele